

LSV RLP | Kaiserstraße 26-30 | 55116 Mainz

An die Vertreterinnen
und Vertreter der Medien

Mainz, 21. Februar 2017

- 2 Seiten -

Pressemitteilung der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz:

LSV zum Kinderreport 2017

Mit Sorge betrachtet die LandesschülerInnenvertretung RLP die Umfrageergebnisse des „Kinderreport Deutschland 2017“ des Deutschen Kinderhilfswerks (DKHW). 33 Prozent der befragten Volljährigen trauten demnach „Kindern und Jugendlichen in Deutschland nicht zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen“.¹

„Selbstverständlich! Schule ist aktuell eine durch und durch undemokratische Institution. Wenn wir in der Schule Demokratie nicht leben dürfen, können wir sie auch nicht lernen. Logisch also, dass uns die Erwachsenen nur zu 64 Prozent den Erhalt der parlamentarischen Demokratie zutrauen“, so Simon Smolarczyk, Mitglied des Landesvorstands der LSV.

Demokratie wäre, wenn SchülerInnen bei Belangen, die die SchülerInnen betreffen, mitbestimmen dürften. Sie sind immerhin die, die im Mittelpunkt dieser Institution stehen sollten und deren große Mehrheit stellen. Mit den aktuellen zwei bis acht Stimmen in der Gesamtkonferenz lässt sich von gelebter Demokratie allerdings nur träumen. *„Deshalb brauchen wir dringend eine Kehrtwende in der Schulpolitik, dringend eine Schulkonferenz, die an die Stelle der Gesamtkonferenz tritt und mindestens drittelparitätisch, besser basisdemokratisch-paritätisch besetzt ist“*, so Lukas Böhm, Bundesdelegierter der LSV. So gaben auch 66 Prozent der befragten Volljährigen an, sie sähen in der Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen einen Weg zur Förderung demokratischer Überzeugungen.

Nach „Familie und Elternhaus“ steht die Schule mit 65 Prozent Zustimmung an zweiter Stelle, wenn es um die Hauptverantwortung für Demokratieerziehung geht. Dass es trotzdem auch am Politikunterricht mangelt, sieht die LSV als Widerspruch. *„Es mangelt nicht nur an der praktischen Umsetzung demokratischer Prinzipien, wie*

¹ Diese, so wie alle anderen Prozentangaben ergeben sich aus dem Kinderreport 2017 des Deutschen Kinderhilfswerks.
Quelle: <https://www.dkhw.de/unsere-arbeit/schwerpunkte/kinderrechte/der-kinderreport-2017>

starken partizipativen Möglichkeiten für SchülerInnenvertretungen, sondern auch an der theoretischen Demokratieerziehung. Politikunterricht ist nach wie vor kein Pflichtfach, obwohl es angesichts der zu bezwingenden gesellschaftlichen Probleme dringend notwendig wäre, hier Aufklärungsarbeit zu betreiben“, so Alexander Kouril, Mitglied im erweiterten Landesvorstand der LSV und Schüler am Gymnasium im Kannenbäckerland. Um demokratische Überzeugungen zu fördern, sahen auch 89 Prozent der befragten Volljährigen eine Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichts in den Schulen als adäquaten Weg an.

So fordert auch die LSV, dass die Stundenzahl der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, insbesondere Sozialkunde, erhöht werden muss. Um angemessene politische Bildung von Beginn an zu ermöglichen, muss Sozialkunde ab Klassenstufe 5 unterrichtet werden. Gleichzeitig müssen die Lehrpläne des Sozialkundeunterrichts überarbeitet und für die unteren Klassenstufen neu konzipiert werden, wobei dem praktischen Lernen besondere Beachtung geschenkt werden muss. Hier sehen 78 Prozent der Befragten es als nötig an, politische Bildung in der LehrerInnenausbildung als Pflichtfach einzuführen. Dem kann sich die LSV unter der Betonung, dass politische Bildung in der Schule Querschnittsthema sein muss, anschließen.

Weiter gaben 92 Prozent der befragten Volljährigen an, sie sähen mehr Geld für Kinder- und Jugendarbeit als Weg zur Förderung demokratischer Überzeugungen. Immerhin ist dies die Aussage, die die meiste Zustimmung erntete. Deshalb fordert die LSV die Fraktionen im Landtag, und im Speziellen das Bildungsministerium, mit Blick auf die aktuelle Haushaltsdebatte auf, sich für eine Budgeterhöhung der LSV Rheinland-Pfalz einzusetzen.

Bildung ist mehr denn je vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Das bestätigt sich, wenn man sich die Studie der Heinz-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2015 ansieht². Entsprechend fallen die Umfrageergebnisse aus: 86 Prozent der Jugendlichen sagten, arme Kinder würden in der Schule zu wenig unterstützt, um [...] später einen guten Beruf zu bekommen. Ergänzend gaben aber nur 22 Prozent der Jugendlichen an, Deutschland könne sich solche Unterstützung nicht leisten. Menschen, die aus ärmeren Verhältnissen stammen, sollten deshalb von der Politik deutlich besser unterstützt werden, da solche finanzielle Unterstützung nicht von allen Eltern gewährleistet werden kann.

„Bildung muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sein. Die soziale Herkunft von SchülerInnen darf weder bei deren Bewertung, noch bei deren Ausstattung und Unterstützung durch öffentliche Mittel eine Rolle spielen. Alles andere ist soziale Ausgrenzung und Diskriminierung zu Gunsten der allgemeinen Elitenförderung. Wir fordern den sofortigen Stopp dieser Praxis“, so Lucia Berres, Mitglied im Landesvorstand der LSV.

*Bei Fragen stehe ich, Lukas Böhm, Ihnen gerne zur Verfügung.
Mobil: 0157777490737
Mail: lukas.boehm@lsvrlp.de*

² Quelle: http://www.boeckler.de/54153_54174.htm